

gewillt sind, den Marshallplan, das heißt die Kolonisierung Westdeutschlands, gegen die Interessen des deutschen Volkes durchzuführen.

Die Warschauer Außenministerkonferenz hat vor aller Welt festgestellt, daß die von der Londoner Konferenz gefaßten Beschlüsse den Abkommen von Jalta und Potsdam widersprechen und damit jeder völkerrechtlichen Grundlage entbehren. Ihre Durchführung bedeutet somit die brutale Vergewaltigung eines besiegten Volkes.

Dem verderblichen, friedensfeindlichen Programm der Londoner Konferenz setzte die Warschauer Außenministerkonferenz ein anderes Programm zur Lösung der deutschen Frage entgegen, das den Interessen der beteiligten Länder wie auch den Lebensinteressen des deutschen Volkes entspricht und damit der Festigung des Friedens dient. Das Warschauer Programm, das auf der Grundlage der völkerrechtlich gültigen Abkommen von Jalta und Potsdam aufgebaut ist, fordert:

1. *die Vollendung der Entmilitarisierung Deutschlands durch Maßnahmen, die zwischen Großbritannien, UdSSR, Frankreich und den USA vereinbart werden;*

2. *die Errichtung einer befristeten Viermächtekontrolle über die Schwerindustrie der Ruhr mit dem Ziel, die Friedenszweige der Ruhrindustrie zu entwickeln und den Wiederaufbau der Kriegsindustrie zu verhindern;*

3. *nach Übereinkommen der vier Großmächte eine provisorische, demokratische, friedliebende, gesamtdeutsche Regierung aus den Vertretern der demokratischen Parteien und Organisationen zu bilden;*

4. *gemäß den Potsdamer Beschlüssen einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und die Besatzungstruppen ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland abzuziehen;*

5. *Maßnahmen zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands gegenüber den Staaten, die durch die deutsche Aggression gelitten haben.*

Die Aufstellung dieser Forderungen durch die Vertreter der freiheitlichen Völker unterstützt das deutsche Volk in seinem Kampfe der nationalen, demokratischen Selbsthilfe gegen die Spalter Deutschlands. Darum begrüßt der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Beschlüsse der Warschauer Konferenz als einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Demokratie und des Friedens.

Entschließung des Parteivorstandes vom SO. Juni 1948